

Bund/VKA
Beschäftigte/Auszubildende

Berlin, den 07.03.2008
Nr. 08/08

Verhandlungen mit Bund und VKA gescheitert Arbeitgeber rufen Schlichtung an

Auch in der letzten Verhandlungsrunde am 6./7. März 2008 haben die Arbeitgeber kein verbessertes Angebot vorgelegt. Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat deshalb am 7. März 2008 einstimmig das Scheitern der Tarifverhandlungen beschlossen. Die Arbeitgeber haben die Schlichtung angerufen.

Keine Bewegung bei Bund und VKA

Seit dem ersten sogenannten Angebot vom 24. Januar 2008 haben sich die Arbeitgeber nicht bewegt. Die massiven Warnstreiks der letzten Wochen haben zu keiner Einsicht bei ihnen geführt. Stattdessen haben sie bis zur letzten Verhandlungsrunde die Verlängerung der Arbeitszeit zur Vorbedingung für weitere Angebote gemacht.

Das bisherige Angebot mit Erhöhungen von 2,5 % zum 1. Februar 2008, weiteren 1,0% zum 1. Oktober für 2008 und einer weiteren Erhöhung zum 1. März 2009 um 0,5% bei gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden in zwei Schritten wurde mittlerweile auch von den Medien deutlich differenzierter dargestellt. Letztendlich bleibt es dabei, dass die Arbeitgeber damit lediglich Entgelterhöhungen von 2,5% für 2008 und 0,4% für 2009 angeboten haben und dieses Angebot für das Tarifgebiet Ost auch lediglich zeitversetzt gelten soll.

Die Anpassung des Überleitungsrechts ist im Arbeitgeberangebot nicht enthalten. Das In-Kraft-Setzen der Restanten wird von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig gemacht.

Leistungsorientierte Bezahlung

Aber auch bei anderen Themenbereichen sind die Vorstellungen von ver.di und der Arbeitgeber weit auseinander. Besonders deutlich wurde dies beim Thema "Leistungsentgelt". Während die Arbeitgeber eine deutliche Erhöhung des Volumens gefordert haben, um damit nach ihren Aussagen die Attraktivität der Leistungsentgelts zu erhöhen, hat ver.di auf die bislang vorliegenden Auswertungen zum Leistungsentgelt verwiesen. Diese Auswertungen zeigen, dass aufgrund der festgestellten erheblichen Mängel in der praktischen Umsetzung vor einer möglichen Erhöhung des Volumens eine gemeinsame Auswertung durch die Tarifvertragsparteien erforderlich ist. Statt jedoch im Rahmen einer gemeinsamen Auswertung eine verbindliche Basis für die weitere Diskussion zur leistungsorientierten Bezahlung zu erhalten, hielten die Arbeitgeber an ihrer Absicht zur Erhöhung des Volumens jeweils um 0,5% in 2008 und 2009 in dieser Tarifrunde fest.

Tarifgebiet Ost und Auszubildende

Auch im Bezug auf die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost waren die Arbeitgeber nicht bereit, von der erneut geplanten Abkoppelung durch die zeitliche Verschiebung der Entgelterhöhungen abzusehen. Ebenso wenig waren sie bereit, für die Auszubildenden über eine verbindliche Übernahmeregulierung oder eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsentgelte zu verhandeln.

Arbeitszeit

Bereits in der letzten Verhandlungsrunde haben die Arbeitgeber mit der Kündigung der Arbeitszeitregelung gedroht. Zum Ende der Verhandlungen hat die VKA die Regelungen des II. Abschnitts des TVöD, sowie die Arbeitszeitregelungen des TV-V, BAT, BMT-G zum 30. April 2008 gekündigt. Der Bund hat die entsprechenden Regelungen des TVöD ebenfalls gekündigt.

Schlichtungsverfahren

Durch die Schlichtungsvereinbarung vom 30. September 2003 ist das weitere Verfahren geregelt. Abweichend von der Schlichtungsvereinbarung haben wir uns mit den Arbeitgebern darauf verständigt, dass die Schlichtungskommission aus jeweils 12 Vertreter/-innen der Arbeitgeber (jeweils 6 Bund/VKA) und 12 Vertreter/-innen der Gewerkschaften. (8 ver.di/1 GEW/3 dbb) besteht.

Als Vorsitzender der Schlichtungskommission wurde von den Arbeitgebern Lothar Späth, ehemaliger baden-württembergischer Ministerpräsident, und von ver.di Herbert Schmalstieg, ehemaliger Oberbürgermeister von Hannover, benannt. Stimmberechtigter Vorsitzender ist aufgrund der bestehenden Schlichtungsvereinbarung in dieser Tarifrunde Lothar Späth.

Im Rahmen der letzten Verhandlungsrunde haben wir uns mit den Arbeitgebern darauf verständigt, dass alle Themen, die bislang in die Verhandlungen eingebracht wurden, auch Thema der Schlichtung sein werden.

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der vorgesehenen Fristen eine Empfehlung der Schlichtungskommission Ende März erfolgt. Über die Empfehlung der Schlichtungskommission wird am 29. März 2008 weiter verhandelt.

Während der Schlichtung wird es keine Berichterstattung über einzelne Zwischenstände oder über den Verlauf der Schlichtung geben. Ebenfalls gilt für die Dauer der Schlichtung Friedenspflicht.

Vorbereitung weiterer Aktivitäten

Unabhängig davon müssen in den jeweiligen Arbeitskampfleitungen die Vorbereitungen für eine mögliche Urabstimmung und für ggf. notwendige Erzwingungsstreiks vorgenommen werden.

Sondersituation Berlin

Unabhängig von der laufenden Tarifrunde im Bereich des Bund und der VKA hat die BTK in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Vergütungstarifverträge zum BAT/BAT-O gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder zu kündigen. Dies war aufgrund der besonderen Situation in Berlin notwendig, um den Kolleg/-innen in Berlin in ihrer Tarifauseinandersetzung auch die Möglichkeit zum Arbeitskampf zu geben. Die Kündigung ist mittlerweile erfolgt.

Solidarität mit BVG-Beschäftigten

Die Bundestarifkommission hat darüber hinaus ihre Solidarität mit den streikenden KollegInnen bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG und BT) ausgesprochen. (Anlage)

Gute Leute – Gute Arbeit – Gutes Geld

Darum: <https://mitgliedwerden.verdi.org>

Solidaritätsadresse der Bundestarifkommission an die Streikenden bei der BVG und BT

Die Bundestarifkommission erklärt sich mit den streikenden KollegInnen der BVG solidarisch.

Genau wie die Beschäftigten im Bereich des öffentlichen Dienstes, der Versorgungsbetriebe und insbesondere der Beschäftigten im Nahverkehr gibt es auch für die Beschäftigten der BVG und der BT einen erheblichen Nachholbedarf in der Entgeltentwicklung.

Durch den Verzicht im Jahre 2005 auf bis zu 12 % ihres Einkommens und den Verzicht auf Entgelterhöhungen haben die Beschäftigten bereits seit Jahren ihren Beitrag zur Kosten-reduzierung bei der BVG geleistet.

Die Jahre der Lohnzurückhaltung müssen auch im öffentlichen Dienst ein Ende finden.

Die Menschen brauchen mehr Geld. Der Aufschwung muss endlich bei den Beschäftigten ankommen. Dies gilt auch für die Beschäftigten bei der BVG und der BT.

Das bislang völlig unzureichende Angebot der Arbeitgeber ist eine Provokation.

Es würde 90 Prozent der Beschäftigten selbst einen angemessenen Inflationsausgleich verweigern. Die Entscheidung in den Arbeitskampf zu gehen war konsequent und richtig!

Wir, die Bundestarifkommission, unterstützen Euch in Eurem Kampf um notwendige Entgelterhöhungen für alle Beschäftigten und stehen solidarisch an Eurer Seite.

Gute Leute – Gute Arbeit – Gutes Geld!

Potsdam, 07.03.2008